

Verkauf des Sandbühl sei unverantwortlich

Die Gegner aus den Reihen der SP, Grünen, CVP und des QVs sind aber nicht gegen eine Spital-Entwicklung.

Alex Rudolf

Für die einen handelt es sich beim Alterszentrum Sandbühl mit seinen 6300 Quadratmeter grossen Umschwung um das Tafelsilber der Stadt. Die anderen sehen weder für das Gebäude noch für das Land Verwendung. Was davon nun zutrifft, entscheidet das Schlieremer Stimmvolk am 17. November. Spricht es sich für einen Verkauf an den Spitalverband Limmattal aus, fliessen 15,4 Millionen Franken in die Stadtkasse. Ist das Volk dagegen, braucht die Stadt eine neue Auslegeordnung. Nun treten die Gegner des Verkaufs auf den Plan. Sie gründeten ein Komitee.

Im vergangenen Juni genehmigte das Gemeindeparlament mit 21 zu 8 Stimmen den Landverkauf. Ist das neue Alterszentrum – für das derzeit ein Architekturwettbewerb läuft – neben dem Ortsmuseum dereinst fertiggestellt, wird das Sandbühl nämlich frei. Der Spitalverband Limmattal brauche dieses an sein Grundstück angrenzendes Gebiet für zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten und die Stadt habe keine Verwendung dafür, findet der Stadtrat. Sollte man dennoch Bedarf nach einem Infrastruktur-Bau haben, besitze die Stadt angrenzend eine Parzelle im Färberhüsi-Gebiet.

Nun formierten sich die Gegner zu einem Komitee mit Namen «Hebe mer Schliere Sorg». Mit Thomas Widmer vom Quartierverein, Andres Uhl, Sarah Impusino und Heidemarie Busch (alle CVP), Yvonne Brändle-Amolo und Jürg Brem (beide SP) und Dominik Ritzmann von den Grünen haben insgesamt vier der acht im Stadtparlament vertretenen Parteien Einsitz darin. «Die vier Ortsparteien beschlossen allesamt die Nein-Parole zum Landverkauf», sagt Widmer, der Sprecher der Gruppe ist. Obwohl sich das Parlament eindeutig für den Verkauf aussprach, nehme er im Alltag viele Gegner wahr. Es schien ihm wichtig, das Volk zu befragen: «Um das Geschäft überhaupt an die Urne zu bringen, musste es ja erst vom Parlament angenommen werden. Daher votierten einige Parlamentarier für den Verkauf und unterzeichneten anschliessend das Behördenreferendum», so Widmer.

Aus Sicht der Komitee-Mitglieder ist die Stadt dabei, einen kapitalen Fehler zu begehen: «Es ist unverantwortlich gegenüber den kommenden

Generationen, wenn eine wachsende Stadt wie Schlieren ein derart grosses Stück Land verkauft. Künftig könnte diese Parzelle für diverse Bauvorhaben oder als Grünfläche genutzt werden», sagt Widmer. Dabei könne es sich um einen Kindergarten oder Kinderhort handeln. Auch Alters- oder Genossenschaftswohnungen seien denkbar. Das Argument der Stadt, es handle sich um Land in der Zone für öffentliche Bauten und es könne daher nur zu diesem Zweck genutzt werden, sei nur bedingt gültig. «Mit Zustimmung des Kantons wäre eine Zonenänderung durchaus möglich.»

Das Spital könnte das Land im Baurecht nutzen

Dabei stelle man sich nicht gegen das Limmi: «Dem Spital Limmattal wollen wir die Entwicklungsmöglichkeit nicht nehmen», sagt Widmer. Doch sei eine allfällige Erweiterung noch nicht mal geplant, beim Landkauf handle es sich somit um eine reine Kapitalanlage. Müsse das Spital dereinst wachsen und auf dem Sandbühl-Land eine Erweiterung erstellen, bestehe die Möglichkeit, das Land im Baurecht abzugeben. «So hätten wir immerhin noch Einnahmen.» Die Ablehnung habe derweil nichts mit dem geplanten Alterszentrum-Neubau zu tun. «Dabei handelt es sich um ein anderes Geschäft. Auch darüber, wie das Sandbühl künftig von der Stadt genutzt werden soll, müsste man sich noch Gedanken machen», sagt Widmer.

Die Grünliberalen sprechen sich klar für den Verkauf aus: «Wir sind bei Verkäufen an Private sehr zurückhaltend, da es sich aber beim Käufer um das eigene Spital, also eine öffentliche Organisation handelt, können wir dem zustimmen», sagt Henry Jäger, Präsident der GLP-Ortspartei. Auch Moritz Berlinger, Präsident der SVP-Ortspartei, sagt auf Anfrage, dass man den Verkauf befürworte. John Daniels, Präsident der FDP-Fraktion im Parlament, sagt auf Anfrage, dass erst eine Parole gefasst werden müsse. «Ich gehe aber davon aus, dass sich die FDP wie bereits im Juni für den Landverkauf aussprechen wird.» Die EVP wird vor dem Urnengang keine Parteiversammlung mehr abhalten. Der Präsident der Ortspartei, Robert Welti, ist jedoch für den Verkauf: «Es ist eine gute Sache und der Preis ist fair.»



Das Sandbühl samt Umschwung würde sich der Spitalverband 15,4 Millionen kosten lassen.

Bild: Alex Rudolf



Sie setzten sich gegen den Landverkauf ein: Gemeinderat Thomas Widmer (QV), Gemeinderätin Yvonne Brändle-Amolo (SP), Gemeinderat und CVP-Ortsparteipräsident Andres Uhl, Gemeinderätin Sarah Impusino (CVP), Gemeinderätin Heidemarie Busch (CVP), Jürg Brem (SP) und Gemeinderat und Grünen-Co-Präsident Dominik Ritzmann.

Bild: zvg